

Elisabeth Köstinger  
Bundesministerin für  
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn  
Ingo Appé  
Präsident des Bundesrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0190-RD 3/2018

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3587/J-BR/2018

Wien, 8. Jänner 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bundesräte David Stögmüller, Kolleginnen und Kollegen haben am 08.11.2018 unter der Nr. **3587/J-BR** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend aktuellen Stand der nationalen Machbarkeitsstudie und den Aktionsplan zum Ausstieg von Glyphosat in Pflanzenschutzmitteln gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- Wie ist der aktuelle Stand der Machbarkeitsstudie und des Aktionsplans zum Ausstieg von Glyphosat in Pflanzenschutzmitteln?
- Bis wann liegt die Machbarkeitsstudie dem Parlament bzw. der Öffentlichkeit vor?
- Welche Ergebnisse der Studie konnten bereits festgestellt bzw. welche Maßnahmen für den Ausstieg von Glyphosat in Pflanzenschutzmitteln formuliert werden?
- Welche Agencies/ Beraterfirmen oder Einzelpersonen wurden für die Erstellung der Machbarkeitsstudie bzw. des Aktionsplanes beauftragt?
- Welche Stakeholder wurden befragt bzw. eingebunden und wie oft? (Bitte um Auflistung)

- Sind Sie diesbezüglich in Kooperation mit den NGO's?
  - a. Wenn ja, mit welchen?
  - b. Wenn ja, inwiefern werden diese miteinbezogen?

Der Wirkstoff Glyphosat wurde auf Ebene der Europäischen Union hinsichtlich seiner Risiken für die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt bewertet und Ende 2017 für weitere fünf Jahre (bis Ende 2022) genehmigt. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass sich Österreich gegen die Genehmigung des Wirkstoffes ausgesprochen hat und den Vorschlag der Europäischen Kommission nicht unterstützt hat.

Die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH hat am 14.12.2017, noch vor in Kraft treten der Durchführungsverordnung, zu einem Runden Tisch eingeladen, um den Rechtstext der Europäischen Union zu analysieren und die weitere Vorgangsweise in Österreich mit allen betroffenen Stakeholdern (Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien, der Bundesländer, dem Bundesamt für Ernährungssicherheit, Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen sowie landwirtschaftliche und nicht-landwirtschaftliche Anwenderinnen und Anwender) zu diskutieren. Dabei wurde das Ziel verfolgt, den Einsatz von Glyphosat - entsprechend den rechtlichen Möglichkeiten der Europäischen Union - in Österreich weiter zu reduzieren.

Für ein Totalverbot Glyphosat-haltiger Herbizide müssen allerdings eine Reihe strenger Voraussetzungen nachgewiesen werden, die kumulativ vorzuliegen haben. Daher soll - wie auch im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen - eine Machbarkeitsstudie und ein Aktionsplan zum Glyphosat-Ausstieg in Österreich erarbeitet werden. Innerhalb der Studie werden die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für weitergehende Einschränkungen geprüft und die ökologischen und ökonomischen Folgewirkungen analysiert. Weiters sollen entsprechende Ausstiegsszenarien entwickelt und Alternativen zu Glyphosat aufgezeigt werden.

Die Studie wird derzeit im Rahmen eines Forschungsauftrages durch die Universität für Bodenkultur, ergänzt durch die Expertise der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, erstellt. Die Studie wurde gemeinsam mit den Bundesländern beauftragt. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2019 vorliegen.

Elisabeth Köstinger



